



Ocean Viking
Drohnenbild der Crew bei Wet drills



10 Jahre zivile Seenotrettung

Solidarität im umkämpften humanitären Raum

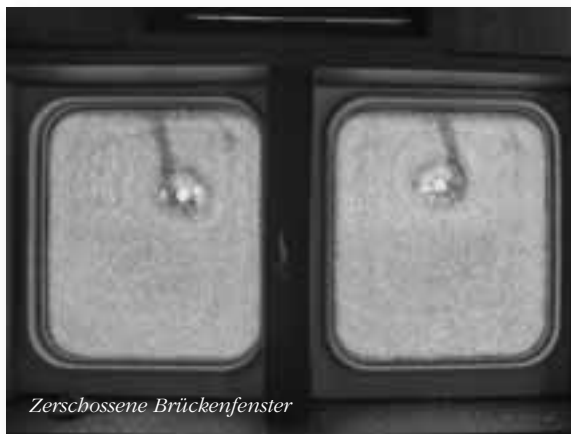
Die europäische Kooperation mit Libyen befeuert Angriffe auf Rettungseinsätze:
Wie viele rote Linien will die EU im Mittelmeer noch überschreiten?
Von Julia Leithäuser

Am 24. August wurde eine jahrelange Warnung von zivilen Seenotrettungsorganisationen auf dramatische Weise zur Realität: Ein Patrouillenboot der libyschen Küstenwache eröffnete ohne Vorwarnung das Feuer auf die *Ocean Viking*, das Rettungsschiff von *SOS MEDITERRANEE*, welches die Organisation in Kooperation mit der *Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften* (IFRC) betreibt. An Bord befanden sich 87 schutzsuchende Menschen, die kurz zuvor aus Seenot gerettet worden waren sowie 34 Crewmitglieder. 20 Minuten lang wurde die *Ocean Viking* mit Dauerfeuer beschossen. Die Kugeln zerstörten die Brücke und schlugen an der Seite des Schiffs ein, Fenster wurden auf Kopfhöhe durchschossen.

Lucille, Kommunikationsverantwortliche an Bord, befand sich zum Zeitpunkt des Angriffs auf der Brücke. Sie berichtet: "Mit meinem Fernglas näherte ich mich dem Fenster auf der Steuerbordseite und sah zwei bewaffnete Männer, die auf uns zielten. Ich war mir sehr unsicher, was ich da sah. Noch während ich mein Fernglas einstellte, um zu sehen, was passierte, hörte ich eine Kugel neben mir in die Tür einschlagen. Jemand schrie: 'Auf den Boden!'."



Tür der Brücke mit Einschusslöchern.



Zerschossene Brückenfenster

An den Schnellrettungsbooten findet die Crew später ebenfalls Einschusslöcher. Das Rettungsequipment ist zerstört. Patrick, Teil des Such- und Rettungsteams, begutachtete die Schäden: "Rettungsgeräte, Schwimmringe, Krankentragen – von Kugeln durchsiebt. Besonders traf mich der Anblick eines unserer Schnellboote. Drei Jahre habe ich mit diesem Boot gearbeitet, habe gesehen, wie es unzählige Leben gerettet hat. Jetzt stand es da – an die Bordwand gelehnt, zerschossen, entlüftet, schlaff. Für mich war das ein herzerreißender Anblick."



Luftleeres RHIB – Schnellrettungsboot, das für Rettungseinsätze verwendet wird – nachdem es von einer Kugel getroffen wurde. Es ist nun nicht mehr einsatzfähig.

Das angreifende Schiff, die *HOUN PB 664*, ist ein Patrouillenboot der „Corrubia-Klasse“, das Italien im Rahmen eines EU-finanzierten Programms 2023 an Libyen geliefert hatte. Was geschah, war kein „Zwischenfall“, sondern ein gezielter, koordinierter Angriff auf ein Schiff, das streng nach internationalem Seerecht operierte.

Dieser Angriff ist der vorläufige Höhepunkt einer jahrelangen Eskalation, die von europäischen Regierungen ermöglicht wird.

Ein System der Gewalt

Während 2014 noch die italienische Seenotrettungsoperation *Mare Nostrum* aktiv Menschen aus Seenot rettete, wurde ab 2017 der Fokus konsequent auf Abschottung und Externalisierung verlagert.

Mit dem *Memorandum of Understanding* zwischen Italien und Libyen von 2017 begann eine enge Kooperation der EU mit libyschen Akteur*innen, die bis heute andauert: Ausbildung, Ausrüstung und finanzielle Unterstützung fließen an die libysche Küstenwache, die in ein Netzwerk an rivalisierender Milizen verstrickt ist.

Die humanitäre Situation auf dem zentralen Mittelmeer hat sich seither nicht verbessert: Noch immer kommen jährlich tausende Menschen bei dem Versuch, das zentrale Mittelmeer zu überqueren, ums Leben. Doch zivile Seenotrettungsorganisationen, die als einzige die gravierende staatliche Rettungslücke im zentralen Mittelmeer zu schließen versuchen, werden an ihrer lebensrettenden Arbeit gehindert und in den vergangenen Jahren mehrfach festgesetzt.

Gleichzeitig wird die libysche Küstenwache mit immer moderneren Booten ausgestattet, die ursprünglich für militärische Zwecke gebaut wurden. Das Ergebnis ist eine gefährliche Konfrontation: Auf der einen Seite immer aggressiver auftretende und schwer bewaffnete Akteure mit EU-finanzierten Schiffen, auf der anderen Seite wenige humanitäre Organisationen, die unter permanenter Bedrohung arbeiten müssen.

Bereits 2023 dokumentierte *SOS MEDITERRANEE* drei schwere Sicherheitsvorfälle, in die von Italien gelieferte Patrouillenboote verwickelt waren. Im Juli 2023 fielen bei einem Rettungseinsatz Schüsse von einem libyschen Boot, das nur wenige Wochen zuvor aus Italien übergeben worden war. Zwischen Januar und April 2024 registrierten NGOs sechs weitere Vorfälle, bei denen libysche Boote Rettungsschiffe bedrohten oder beschossen – fünf verschiedene Organisationen waren betroffen. Insgesamt waren sechs Boote beteiligt, die alle durch EU-Mittel finanziert worden waren.

Die EU als Komplizin

Seit dem *Memorandum of Understanding* zwischen Italien und Libyen von 2017 wurden mindestens 36 Schiffe an die libysche Küstenwache übergeben. Die EU finanziert ein System, durch das schutzsuchende Menschen immer wieder in einen Kreislauf von Gewalt, Ausbeutung und Menschenhandel zurückgedrängt werden. Die Menschenrechtsverletzungen vor Ort sind gut dokumentiert, trotzdem wird die Kooperation mit den libyschen Behörden fortgeführt. Eine UN-Untersuchung von 2023 stellte klar: „Die libysche Küstenwache ist eng verflochten mit Milizen und bewaffneten Gruppen und arbeitet Hand in Hand mit Schmuggler- und Menschenhandelsnetzwerken.“ Zugleich dokumentierte die *UN-Fact Finding Mission* eine massive Zunahme gewaltsamer, illegaler Rückführungen vor der libyschen Küste. So wurde im Jahr 2024 etwa jede dritte Person, die versuchte Libyen zu verlassen, gewaltsam zurückgebracht, wohingegen es 2017 noch circa 12 Prozent waren.

Kriminalisierung ziviler Rettungsorganisationen

Während zivile Rettungsorganisationen seit Jahren dokumentieren, wie die libysche Küstenwache Menschenrechte verletzt und internationales Seerecht missachtet, richtet sich der politische Druck nicht gegen die Täter*innen, sondern gegen jene, die Leben retten.

Nach den Angriffen werfen italienische Behörden den NGOs vor, sich selbst in Gefahr gebracht oder die Anweisungen der libyschen Küstenwache missachtet zu haben.

Dass diese Anweisungen oft auf rechtswidrigen Forderungen beruhen und mit Gewalt durchgesetzt werden, wird dabei bewusst verschwiegen. Seit Anfang 2023 verschärft das nach dem italienischen Innenminister benannte *Piantadosi-Dekret* diese Politik massiv. Das Dekret verpflichtet Rettungsschiffe, nach jedem einzelnen Rettungseinsatz sofort den zugewiesenen Hafen anzusteuern – auch wenn noch weitere Notfälle in der Nähe bestehen. Wer sich weigert, riskiert hohe Geldstrafen, die Festsetzung des Schiffes und strafrechtliche Konsequenzen für die Crew.

Hinzu kommt, dass die italienischen Behörden den Schiffen systematisch extrem weit entfernte Häfen zuweisen – häufig in Norditalien, etwa Ravenna oder Marina di Carrara, teils über 1.600 Kilometer vom Einsatzgebiet entfernt. Diese erzwungenen Umwege binden nicht nur enorme Ressourcen, sondern halten die Rettungsschiffe tagelang davon ab, im Such- und Rettungsgebiet aktiv zu sein. Währenddessen sterben Menschen, weil keine Schiffe vor Ort sind.

Diese Strategie verfolgt ein Ziel: Sie soll die Arbeit der NGOs teuer, kompliziert und riskant machen, um sie so stark zu behindern wie möglich. Während die libysche Küstenwache mit EU-Geldern aufgerüstet wird, werden die wenigen verbliebenen zivilen Rettungsorganisationen so systematisch geschwächt. Der Zugang zum humanitären Raum im zentralen Mittelmeer wird damit in doppelter Hinsicht immer schwieriger: In der EU werden humanitäre Organisationen mit bürokratischen Hürden und Strafverfolgung bekämpft, im Mittelmeer wird ihre Arbeit durch bewaffnete Gruppen gestört. Damit macht sich die EU mitschuldig: Nicht nur durch direkte Kooperation mit gewaltsam agierenden libyschen Akteur*innen, sondern auch durch eine Politik, die Rettung kriminalisiert und Gewalt legitimiert.



Julia Leithäuser
arbeitet als Referen-
tin für politische
Kommunikation bei
SOS MEDITERRANEE
Deutschland

Menschlichkeit und Solidarität

Der Angriff auf die *Ocean Viking* war ein Angriff auf Menschlichkeit und Solidarität. „Erst als die Libysche Küstenwache abgezogen war wurde das ganze Ausmaß sichtbar: Die Brücke war von Kugeln durchsiebt, die Schnellboote, Antennen und Radars gezielt beschossen. Sie hatten strategische Punkte getroffen, um weitere Rettungen zu verhindern. Doch vor allem hatten sie versucht, uns zu töten“, schreibt ein Crewmitglied danach in dem Bericht für die Behörden. Niemand an Bord wurde verletzt, aber das Ziel war klar: einschüchtern, abschrecken, zum Schweigen bringen.

Doch für SOS MEDITERRANEE ist klar: Solange Menschen gezwungen sind, über das Meer zu fliehen, werden wir da sein. Um zu helfen, zu schützen und davon zu berichten.<



Rettung am 24.08.2025 von 40 Menschen aus dem Sudan aus einem überfüllten Schlauchboot in der libyschen Such- und Rettungsregion.

Karte der „weit entfernten Häfen 2024“



Fotocredits: S. 54/55 Francesca Volpi / SOS MEDITERRANEE, S. 56 1 SOS MEDITERRANEE, S. 56 2-3 Max Cavallari / SOS MEDITERRANEE, S. 58 Max Cavallari / SOS MEDITERRANEE